

Frag doch mal den Bürgermeister: Kinderrechte im Alltag – ein Vorbild für Kinderbeteiligung in der Stadt Neuwied

Sonja Jensen

Neuwied, eine Stadt im Norden von Rheinland-Pfalz, liegt idyllisch am rechten Rheinufer und hat rund 66.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Davon sind etwa 12.000 Kinder und Jugendliche, deren Bedürfnisse und Rechte im Fokus der städtischen Politik stehen. Mit einem umfangreichen Angebot an Freizeit- und Kulturmöglichkeiten, wie dem Jungen Schlosstheater, Ferienfreizeiten und dem Jugendzentrum »Big House«, sowie rund 80 Spiel- und Bolzplätzen, schafft Neuwied vielfältige Räume für junge Menschen.

Ein Markenzeichen der Stadt ist die konsequente Einbindung von Kindern und Jugendlichen in kommunale Entscheidungsprozesse. Partizipation wird durch den Jugendbeirat, die Fachstelle Partizipation und Projekte wie »Lasst uns mal ran!« und vieles andere aktiv gelebt. Die Fachstelle, die im städtischen Kinder- und Jugendbüro (KiJub) angesiedelt ist, übernimmt dabei auch die Koordination des Programms »Kinderfreundliche Kommunen« (KfK). Seit dem 17. November 2021 ist Neuwied Teil dieser von UNICEF Deutschland und dem Deutschen Kinderhilfswerk geförderten Initiative.

Neuwied verfolgt damit einen ganzheitlichen Ansatz, der nicht nur die politischen und administrativen Strukturen, sondern auch die Stadtgesellschaft einbindet, um ein kinderfreundliches Umfeld zu schaffen. Die enge Verzahnung von Beteiligung und Kinderrechten macht die Stadt zu einem Vorreiter in der Förderung von Selbstwirksamkeit und Mitbestimmung junger Menschen in Rheinland-Pfalz.

Mit der Initiative »Frag doch mal den Bürgermeister« bietet Neuwied ihren jüngsten Bürgerinnen und Bürgern nicht nur eine Plattform, ihre Anliegen und Wünsche zu äußern, sondern schafft ein nachhaltiges Modell, das den Artikeln 12 und 13 der UN-Kinderrechtskonvention (Beteiligung und Meinungsäußerung) in der Praxis gerecht wird. Der besondere Wert dieser Maßnahme liegt in ihrem niedrighwelligen Ansatz und der direkten Rückkopplung der städtischen Verwaltung an die Kinder und Jugendlichen.

Die Grundidee

Im Rahmen der kinderfreundlichen Kommune Neuwied setzt die Stadt darauf, dass Kinder und Jugendliche nicht nur passiv die Entscheidungen der Erwachsenen hinnehmen müssen, sondern aktiv in den kommunalen Entscheidungsprozess eingebunden werden. »Frag doch mal den Bürgermeister« bietet hierfür eine greifbare und alltagsnahe Lösung: Bürgermeister Peter Jung hatte zu Beginn seiner Amtszeit vor fast vier Jahren die Idee für dieses Format und besucht seitdem mindestens einmal im Quartal Schulen, Kitas, Vereine und öffentliche Spielplätze und schafft damit die Möglichkeit, dass Kinder und Jugendliche direkt in ihrer gewohnten Umgebung über ihre Anliegen sprechen können.

Diese Initiative ist Teil eines breiteren Bestrebens, die Rechte der Kinder in der Stadt Neuwied auf allen Ebenen der Verwaltung und Politik zu verankern. Das Ziel ist es, die Beteiligung junger Menschen zu fördern und ihnen gleichzeitig zu zeigen, dass ihre Meinung in die Entscheidungen, die ihr Lebensumfeld prägen, einfließt. Der

Ansatz geht weit über symbolische Treffen hinaus – die Anliegen werden durch Bürgermeister Jung ernst genommen und – sofern möglich – direkt umgesetzt. Durch diese Verknüpfung von Mitbestimmung und konkretem Handeln erleben die Kinder in Neuwied Demokratie nicht als abstraktes Konzept, sondern als erlebbaren und greifbaren Prozess.

Niedrigschwelliger Zugang und echte Partizipation

Ein wesentlicher Erfolg dieser Maßnahme liegt darin, dass sie auf die Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen abgestimmt ist. Indem der Bürgermeister die jungen Menschen an ihren Orten – in Schulen, Kitas, Vereinen oder auf Spielplätzen – besucht, wird der Zugang zur Politik für sie spürbar vereinfacht und erlebbar. Sie müssen keine formalen Hürden überwinden, um ihre Meinungen und Bedürfnisse zu äußern. Durch diesen direkten Kontakt wird das Vertrauen zwischen den Kindern und der Stadtverwaltung gestärkt.

Die Besuche des Bürgermeisters werden frühzeitig über Flyer, Social Media und in den jeweiligen Einrichtungen angekündigt. Dies sorgt dafür, dass sich die Kinder auf das Gespräch vorbereiten und ihre Anliegen überlegen können. Durch diese Form der direkten, niedrigschwelligen Begegnung entsteht eine Atmosphäre des Vertrauens, in der die Kinder ihre Sorgen, Wünsche und Ideen frei äußern können.

Doch es bleibt nicht nur bei der Anhörung: Besonders hervorzuheben ist, dass sofort umsetzbare Ideen und Verbesserungsvorschläge direkt vom Bürgermeister persönlich angegangen und nachgehalten werden. Kinder, die an den Gesprächen teilnehmen, erhalten nach kurzer Zeit eine Rückmeldung, ob und wie ihre Vorschläge umgesetzt werden konnten. Ebenso gibt es eine Information, wenn Anliegen eine längere Bearbeitungszeit in Anspruch nehmen oder aufgrund fehlender personeller und/oder finanzieller Möglichkeiten nicht umgesetzt werden können. Diese Transparenz und Ernsthaftigkeit in der Bearbeitung der Anliegen zeigt den jungen Menschen, dass ihr Engagement tatsächlich etwas bewirkt. So werden Hemmschwellen abgebaut, das Vertrauen in die Politik gefördert und Kinder motiviert, sich beispielsweise selbst im Schulparlament oder Jugendbeirat zu engagieren.

Nachhaltigkeit und langfristige Wirkung

Ein weiteres zentrales Element von »Frag doch mal den Bürgermeister« ist die nachhaltige Integration der geäußerten Anliegen in den politischen Prozess. Jedes Jahr wird ein umfassender Bericht erstellt, der im Jugendbeirat, im Jugendhilfeausschuss und schließlich im Stadtrat präsentiert wird. In diesem Bericht werden alle Themen und Vorschläge zusammengefasst, die von den Kindern und Jugendlichen während der Besuche vorgebracht wurden. Daraus werden konkrete Arbeitsaufträge für die Verwaltung und die Politik abgeleitet.

Diese systematische Rückkopplung stellt sicher, dass die Bedürfnisse der jungen Generation nicht nur kurzfristig behandelt, sondern auch langfristig in die städtische Planung und Entscheidungsfindung integriert werden. Neuwied zeigt dadurch, wie wichtig es ist, die Perspektive von Kindern und Jugendlichen in die politischen Prozesse einzubinden und sie als vollwertige Akteure anzuerkennen. Der jährliche Bericht bietet zudem eine wertvolle Grundlage für strategische Planungen in den verschiedenen jugendrelevanten Ausschüssen der Stadt.

Pädagogischer Wert: Demokratie erlebbar machen

Aus pädagogischer Sicht bietet »Frag doch mal den Bürgermeister« eine wertvolle Lernumgebung, in der Kinder und Jugendliche demokratische Prozesse hautnah erleben können. Sie lernen, ihre eigenen Interessen zu

artikulieren, in einen Dialog mit politischen Entscheidungsträgern zu treten und für ihre Anliegen einzustehen. Durch den regelmäßigen Austausch werden die Kinder nicht nur in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt, sondern auch dazu ermutigt, Verantwortung für ihr Lebensumfeld zu übernehmen.

Ein entscheidender Aspekt ist dabei der Ansatz, den Kindern auf Augenhöhe zu begegnen. »Demokratie lernt man, wenn man sie erlebt«, erklärt Bürgermeister Peter Jung. Die jungen Bürgerinnen und Bürger lernen durch ihre Beteiligung, dass Demokratie nicht nur ein theoretisches Konzept ist, sondern dass sie selbst aktiv daran teilnehmen können und sollen. Indem ihre Anliegen nicht nur gehört, sondern auch umgesetzt werden, erfahren sie die Bedeutung ihres Engagements und entwickeln ein Gefühl der Zugehörigkeit und des Mitbestimmens.

Die regelmäßigen Treffen und die Rückmeldungen zu den geäußerten Anliegen schaffen eine dynamische Lernumgebung, in der Kinder den gesamten Prozess der politischen Entscheidungsfindung nachvollziehen können. Die Kinder erkennen, dass Engagement nicht folgenlos bleibt, sondern tatsächlich zu Veränderungen führen kann. Diese Erfahrung stärkt nicht nur das politische Bewusstsein der jungen Generation, sondern auch ihr Vertrauen in die Institutionen der Stadt.

Institutionelle Verankerung: Eine kinderfreundliche Kommune

Damit eine solche Initiative erfolgreich umgesetzt werden kann, ist die Unterstützung durch die Verwaltung und den Stadtrat unerlässlich. In Neuwied ist »Frag doch mal den Bürgermeister« fest in die Strukturen der Stadt eingebunden. Neben dem Stadtvorstand sind zahlreiche Ausschüsse an der Umsetzung der Kinderbeteiligung beteiligt, darunter der Jugendhilfeausschuss, der Planungsausschuss, der Ausschuss für Kultur, Marketing und Tourismus sowie der Sportausschuss. Diese Ausschüsse sorgen dafür, dass die Anliegen der Kinder und Jugendlichen nicht nur gehört, sondern auch auf institutioneller Ebene bearbeitet werden. So werden nicht nur kurzfristige Lösungen gefunden, sondern es wird auch eine Grundlage für eine nachhaltige kinderfreundliche Stadtentwicklung geschaffen.

Bürgermeister Peter Jung fungiert dabei als Brücke zwischen den Kindern und der Verwaltung. Er stellt sicher, dass die Anliegen, die in den Gesprächen vorgebracht werden, in die politischen Diskussionen und Entscheidungen einfließen. Diese institutionelle Einbindung stärkt die Verankerung der Kinderrechte in der Stadtpolitik und macht deutlich, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eine zentrale Rolle in der Entwicklung der Stadt spielt.

Öffentlichkeitsarbeit als wichtiger Faktor

Ein wichtiger Erfolgsfaktor der Initiative »Frag doch mal den Bürgermeister« ist auch die begleitende Öffentlichkeitsarbeit. Die direkte und nahbare Kommunikation des Bürgermeisters mit Kindern und Jugendlichen wird regelmäßig in lokalen Medien, Social-Media-Plattformen und städtischen Publikationen thematisiert. Dadurch werden die Anliegen der jungen Menschen nicht nur innerhalb der Verwaltung sichtbar, sondern auch öffentlich gemacht und in die Stadtgesellschaft getragen. Dies sendet ein starkes Signal: Die Beteiligung der jungen Generation ist nicht nur eine interne Verwaltungsaufgabe, sondern eine öffentliche Angelegenheit, die alle Bürgerinnen und Bürger betrifft. Diese Sichtbarkeit fördert nicht nur die Akzeptanz der Initiative, sondern sensibilisiert auch Erwachsene für die Belange der Kinder und Jugendlichen.

Verbindlichkeit durch einen Stadtratsbeschluss

Die Maßnahme ist nicht nur ein freiwilliges Angebot, sondern wurde durch den Stadtratsbeschluss zum Aktionsplan der Kinderfreundlichen Kommune als verbindliches Konzept in Neuwied verankert. Damit ist gewährleistet, dass »Frag doch mal den Bürgermeister« langfristig und nachhaltig umgesetzt wird. In diesem Konzept sind zudem die methodische Vorgehensweise und Qualitätsstandards zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen festgeschrieben. Diese Standards stellen sicher, dass die Beteiligung auf einem hohen Niveau erfolgt und kontinuierlich weiterentwickelt wird.

Tipps zum Nachahmen für andere Kommunen

Für Kommunen, die ein ähnliches Format umsetzen wollen, sind folgende Punkte zu beachten:

Strukturelle und konzeptionelle Absicherung

Eine klare strukturelle und konzeptionelle Verankerung ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht bei einer reinen Konsultation stehen bleibt. Es ist wichtig, die verschiedenen Stufen der Partizipation zu berücksichtigen. Information und Anhörung sind Vorstufen der Partizipation, ernsthafte Partizipation dagegen meint die Stufen der konkreten Mitwirkung und Mitbestimmung.

In der Praxis bedeutet dies, dass die Vorschläge der jungen Menschen nicht nur angehört, sondern tatsächlich in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Hierzu müssen Verfahrensweisen festgelegt werden, die garantieren, dass ihre Anregungen systematisch aufgenommen, geprüft und in politisch-administrative Maßnahmen integriert werden. Dazu ist es wichtig, die Maßnahme methodisch und didaktisch klar zu beschreiben und konzeptionell zu arbeiten, um sicherzustellen, dass der gesamte Beteiligungsprozess transparent, nachvollziehbar und kind- sowie jugendgerecht gestaltet wird.

Verbindlichkeit und Standards

Die Einhaltung und Anwendung von Beteiligungsstandards, wie sie beispielsweise durch das Bundesministerium definiert sind, sorgt für eine qualitativ hochwertige und verlässliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Diese Standards müssen fester Bestandteil der Verwaltungsarbeit werden, um sicherzustellen, dass die Beteiligung ernsthaft, kinder- und jugendgerecht ist und als kontinuierlicher sowie verbindlicher Prozess in der städtischen Praxis verankert wird.

Politische Unterstützung

Die Unterstützung durch den Stadtrat oder andere politische Gremien ist entscheidend, um die Umsetzung und Finanzierung der Maßnahmen zu gewährleisten. Zudem sollten die politischen Gremien regelmäßig über die Ergebnisse, Anregungen und Forderungen der Kinder und Jugendlichen informiert werden. Auf dieser Basis können politische Maßnahmen und Ziele entwickelt oder angepasst werden, die den Bedürfnissen und Wünschen der jungen Generation gerecht werden.

Eine transparente und kontinuierliche Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und den beteiligten jungen Menschen stärkt das Vertrauen und sorgt dafür, dass Partizipation nachhaltig wirksam wird.

Fazit: Ein Vorbild für ernsthafte Kinderbeteiligung in Deutschland

»Frag doch mal den Bürgermeister« aus Neuwied ist ein gutes Beispiel dafür, wie Kinderbeteiligung in einer kinderfreundlichen Kommune erfolgreich und nachhaltig gestaltet werden kann. Die Maßnahme verbindet einen niedrigschwelligen Zugang zu Politik mit der ernsthaften Bearbeitung der Anliegen der Kinder und Jugendlichen. Durch die direkte Rückmeldung und die langfristige Integration der geäußerten Wünsche in den politischen Prozess wird gezeigt, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht nur möglich, sondern auch wertvoll ist.

Der pädagogische Wert dieser Maßnahme liegt darin, dass Kinder und Jugendliche lernen, dass ihre Stimme zählt und dass sie durch ihr Engagement tatsächlich etwas bewirken können. Neuwied zeigt damit, wie wichtig es ist, die Rechte der Kinder nicht nur zu respektieren, sondern sie aktiv in die städtische Entwicklung einzubeziehen.

Diese Initiative könnte als Vorbild für andere Städte und Gemeinden in Deutschland dienen, die die Kinderrechte in ihrer Kommune stärken und eine echte Partizipation junger Menschen fördern möchten.

Durch »Frag doch mal den Bürgermeister« hat Neuwied einen wichtigen Schritt hin zu einer kinderfreundlichen und partizipativen Stadt gemacht, in der die Bedürfnisse der jüngsten Bürgerinnen und Bürger gehört, ernst genommen und nachhaltig in die Politik integriert werden.

Hinweis

Der vorliegende Beitrag ist folgender Publikation entnommen:

Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Kinderbeteiligung vor Ort. Kinder gestalten Dorf und Stadt. Beiträge zur Demokratieentwicklung Nr. 33, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2025, 344 S., ISBN 978-3-941143-54-8, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de.

Autorin

Sonja Jensen, Koordinatorin »Kinderfreundliche Kommune« im Jugendamt der Stadt Neuwied. Sie ist ausgebildete Moderatorin und Beraterin für Kinder- und Jugendbeteiligung.

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Björn Götz-Lappe, Ulrich Rüttgers

Am Kurpark 6

53177 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de